



Konsens der Kopenhagener Tagung der Bürgermeister

Gesündere und glücklichere Städte für alle

*Eine transformativer Ansatz für sichere, inklusive,
nachhaltige und widerstandsfähige Gesellschaften*



Kopenhagen, 13. Februar 2018



Weltgesundheitsorganisation

REGIONALBÜRO FÜR Europa

Konsens der Kopenhagener Tagung der Bürgermeister

Gesündere und glücklichere Städte für alle

Eine transformativer Ansatz für sichere, inklusive, nachhaltige und widerstandsfähige Gesellschaften

Kopenhagen, 13. Februar 2018

Die im Konsens der Kopenhagener Tagung der Bürgermeister vom 13. Februar 2018 enthaltene Zukunftsvision steht vollständig im Einklang mit der Agenda 2030 der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung und dient als Anleitung für die Arbeit der Gesunde-Städte-Bewegung der Weltgesundheitsorganisation während der gesamten Dauer dieser Agenda, bis zum Jahr 2030.



Gesunde Städte fördern Gesundheit und Wohlbefinden durch gezielte Politiksteuerung, Befähigung zu selbstbestimmtem Handeln und zur **Teilhabe, durch Schaffung städtischer **Räume** für Chancengleichheit und gesellschaftlichen **Wohlstand** und durch Investitionen in die **Menschen** mit dem Ziel der Schaffung eines **friedlichen Planeten**.**

Gesunde Städte gehen mit gutem Beispiel voran, indem sie Ungleichheiten bekämpfen und durch Innovation, Wissensaustausch und zwischenstädtische Gesundheitsdiplomatie Politiksteuerung und Führungskompetenz für mehr Gesundheit und Wohlbefinden fördern.

Gesunde Städte sind Vorreiter und Partner bei der Bewältigung unserer gemeinsamen globalen Herausforderungen im Bereich der öffentlichen Gesundheit, darunter nicht übertragbare Krankheiten, übertragbare Krankheiten, Umweltprobleme, gesundheitliche Ungleichheiten, antimikrobielle Resistenzen, gesundheitliche Notlagen und die Verwirklichung einer allgemeinen Gesundheitsversorgung.

1.0 Wir verpflichten uns zu gemeinsamem Handeln zur Verbesserung von Gesundheit und Wohlbefinden aller Menschen, die in unseren Städten leben, lieben, lernen, arbeiten und spielen.

- 1.1 Wir, die Bürgermeister und politischen Entscheidungsträger aus Städten und städtischen Räumen in der Europäischen Region der Weltgesundheitsorganisation (WHO), haben uns vom 12. bis 13. Februar 2018 in Kopenhagen zu der Tagung der Bürgermeister versammelt. Wir sind uns der Macht der Städte bei der Bewältigung der großen Herausforderungen bewusst, denen die Menschen in unserer heutigen Welt gegenüberstehen. Wir verpflichten uns, diese Macht dazu zu nutzen, für eine chancengleiche und nachhaltige Entwicklung zu sorgen und friedliche, wohlhabende und gerechte Gesellschaften zu schaffen.
- 1.2 Wir begrüßen die globale Zukunftsvision und die Chance, die sich aus der Annahme der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und der darin enthaltenen Nachhaltigkeitsziele ergeben. Wir bringen unser Bekenntnis zur Gesunde-Städte-Bewegung als einem Instrument zur Verwirklichung unserer gemeinsamen Ziele zum Ausdruck.
- 1.3 Wir betonen, dass Gesundheit und Wohlbefinden und der Abbau gesundheitlicher Ungleichheiten nicht ohne eine systematische und nachhaltige Schwerpunktlegung auf die Menschenrechte in allen Politikbereichen und auf allen Entscheidungsebenen erreicht werden können. Wir verpflichten uns, dies auf städtischer und lokaler Ebene in unseren Städten, städtischen Räumen und Gemeinschaften zu gewährleisten.
- 1.4 Wir glauben, dass das Gesunde-Städte-Netzwerk der WHO einen transformativen Lösungsansatz zur Bewältigung der größten gesundheitspolitischen Herausforderungen unserer heutigen Zeit enthält. Wir sind bereit und willens, zur Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer globalen Ziele sowie der sie ergänzenden und auf nachhaltige Entwicklung ausgerichteten Neuen Urbanen Agenda und des Rahmenkonzepts der Europäischen Region für Gesundheit und Wohlbefinden, „Gesundheit 2020“, beizutragen.
- 1.5 Wir unterstreichen die Notwendigkeit, in Gesundheit und Wohlbefinden zu investieren, als eine Voraussetzung für chancengleiche, nachhaltige und friedliche

Gesellschaften. Wir sind uns der Rolle bewusst, die Städten und städtischen Räumen in Bezug auf Krankheitsprävention und Gesundheitsförderung zukommt, und erkennen die Notwendigkeit, an den sozialen, umweltbedingten, kulturellen, verhaltensbezogenen, kommerziellen und politischen Determinanten von Gesundheit und Wohlbefinden anzusetzen.

- 1.6 Wir betonen die wesentliche Rolle der Städte und der lokalen Entscheidungsebene bei der Bekämpfung von Ungleichheiten, wobei nach dem Konzept des proportionalen Universalismus der Schwerpunkt auf den anfälligsten Bevölkerungsgruppen liegt. Städte spielen eine entscheidende Rolle bei der Verringerung der Armut in ihren Gemeinschaften, einschließlich der Ernährungs- und Wohnungsarmut, und wir verpflichten uns zu den politischen Entscheidungen, die für den Abbau dieser gesellschaftlichen Missstände notwendig sind.
- 1.7 Gemeinsam heben wir hervor, dass wir unsere Kräfte bündeln müssen, um – getragen von einer gemeinsamen Zukunftsvision für Gesunde Städte – unsere Ziele zu verwirklichen. Wir können mit gutem Beispiel vorangehen.
- 1.8 Wir erkennen an, dass unsere politische Führungskompetenz und unsere Vision von entscheidender Bedeutung für die Gewährleistung einer nachhaltigen Entwicklung und die Schaffung friedlicher und gerechter Gesellschaften sind, in denen niemand zurückgelassen wird.
- 1.9 Als politische Entscheidungsträger übernehmen wir die Verantwortung dafür, Vorbildwirkung zu entfalten und zum Handeln in unseren Städten anzuregen sowie mit Partnerstädten, nationalen Regierungen und internationalen Organisationen zusammenzuarbeiten, um Chancengleichheit, Gesundheit und Wohlbefinden für alle zu verwirklichen.
- 1.10 Wir verpflichten uns dazu, zu Gesunden Städten zu werden, um unsere gemeinsame Vision zu verwirklichen. Die von der WHO betreute Gesunde-Städte-Bewegung erkennt an, dass „Gesundheit ... in den Umfeldern des täglichen Lebens ... [entsteht], in denen Menschen lernen, arbeiten, spielen und lieben“, wie es in der Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung von 1986 heißt.
- 1.11 Gesunde Städte sind unterstützende Gemeinschaften, in denen eine inklusive, rechenschaftspflichtige und partizipatorische Politiksteuerung stattfindet, deren Ziele Gesundheit, Wohlbefinden, Frieden, Glück und Gemeinwohl sind. Städte, die der Gesunde-Städte-Bewegung angehören, gehen auf kommunaler wie globaler Ebene mit gutem Beispiel voran. Sie arbeiten zusammen mit anderen Städten darauf hin, räumliche, soziale und kulturelle Umfelder zu schaffen, die alle Menschen in unseren Städten zu selbstbestimmtem Handeln befähigen. Sie ermöglichen es den Menschen, ihr Potenzial voll auszuschöpfen und zur Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft beizutragen und so die Welt für alle besser zu machen.
- 1.12 Wir verpflichten uns zur Erforschung transformativer Lösungsansätze – Bildung von Partnerschaften über Stadtgrenzen hinweg durch zwischenstädtische Gesundheitsdiplomatie, mit nationalen Regierungen, internationalen Organisationen und verschiedenen Politikbereichen und -ebenen sowie der Zivilgesellschaft und der Allgemeinbevölkerung.

Investitionen in die **Menschen**, die das Leben in unseren Städten prägen

2.0 Eine gesunde Stadt geht mit gutem Beispiel voran, indem sie die Menschen in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Entwicklung stellt und Investitionen in die Menschen zur Verbesserung von Chancengleichheit und Inklusion durch eine verstärkte Befähigung zu selbstbestimmtem Handeln als vorrangig behandelt.

- 2.1 Wir erkennen an, dass eine Schwerpunktlegung auf die Menschen im gesamten Lebensverlauf die Verbesserung von Gesundheit und Wohlbefinden aller Menschen erleichtert, den Abbau geografischer, territorialer und sozialer Ungleichheiten innerhalb von wie auch zwischen Städten ermöglicht und Rahmenbedingungen schafft, die das Gedeihen sowie die Selbstbestimmung und Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung fördern.
- 2.2 Wir unterstreichen die Bedeutung einer diskriminierungsfreien Politiksteuerung, der Befähigung von Gemeinschaften zu selbstbestimmtem Handeln und der Einbeziehung aller Menschen in sie betreffende Entscheidungen unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Religion, ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer politischen Weltanschauung, ihrer Kultur, ihrer Behinderung, ihrer Staatsangehörigkeit oder ihres Herkunftsortes.
- 2.3 Wir erkennen an, dass die Förderung von gesellschaftlichem Vertrauen und Zusammenhalt eine entscheidende Voraussetzung für inklusive, sichere und nachhaltige Städte sowie für die individuelle und kollektive Widerstandsfähigkeit ist.
- 2.4 Wir verpflichten uns zur Förderung aktiver Handlungskonzepte zur Bekämpfung von Angst, Ressentiments, Hass, Misstrauen und Xenophobie. Städtische Räume können zu fruchtbaren Orten werden, wenn bei der Planung von Städten zur Förderung von Wohlbefinden auch soziale, psychische, emotionale und beziehungsmäßige Einflussfaktoren berücksichtigt werden.
- 2.5 Wir verpflichten uns, auf einen allgemeinen Zugang zu unentbehrlichen Gütern und Dienstleistungen hinzuarbeiten, um Chancengleichheit, Gesundheit und Wohlbefinden für alle zu gewährleisten. Dies erfordert eine bürgernahe Politiksteuerungsarchitektur und geeignete Mechanismen auf allen Ebenen sowie eine zwischenstädtische Gesundheitsdiplomatie und eine starke Kohärenz zwischen politischen Konzepten und Ebenen der Politiksteuerung.
- 2.6 Wir betonen, wie entscheidend wichtig es ist, in die individuelle wie kollektive Führungskompetenz der Gemeinschaft zu investieren, damit die Menschen und Gemeinschaften in der Lage sind, eigenverantwortliche Lösungen zum Abbau gesundheitlicher Ungleichheiten und zur Förderung des Gemeinwohls aus der Gesellschaft heraus umzusetzen.

Gestaltung städtischer Räume zur Verbesserung von Gesundheit und Wohlbefinden

3.0 Eine gesunde Stadt geht mit gutem Beispiel voran, indem sie die sozialen, räumlichen und kulturellen Rahmenbedingungen für einen öffentlichen Raum schafft, der Inklusion aktiv fördert, und erleichtert das Streben nach Gesundheit und Wohlbefinden für alle.

- 3.1 Wir verpflichten uns zu einem transformativen Ansatz für den Umgang mit den Lebensräumen der Menschen. Wir sind uns der dringenden Notwendigkeit bewusst, in unseren Städten und städtischen Räumen die ökologischen, sozialen und kulturellen Bedingungen zu schaffen, in denen unsere Bevölkerung gedeihen kann, und sind entschlossen, die Umsetzung internationaler Verpflichtungen zu unterstützen.
- 3.2 Wir verpflichten uns, städtische Räume anzulegen und zu gestalten, in denen die Entscheidung für das gesündeste Angebot auch zugleich die Entscheidung für das erschwinglichste, einfachste und zugänglichste Angebot ist.
- 3.3 Wir verpflichten uns, Städte und städtische Räume durch eine Stadtentwicklung und -planung grundlegend umzugestalten, die sich am Menschen orientiert und unsere Bevölkerung und unseren Planeten in den Vordergrund stellt, etwa durch einen Übergang zu energieneutralen Städten. Dabei ermitteln wir den Bedarf der Gemeinschaft, nutzen ihre vorhandenen Ressourcen und gewährleisten einen chancengleichen Zugang zu gemeinsamen Räumen, Gütern und Dienstleistungen.
- 3.4 Wir unterstreichen die Notwendigkeit, Städte und städtische Räume so zu planen und zu gestalten, dass die Gesundheit im gesamten Lebensverlauf gefördert wird: von der Ermöglichung eines optimalen Starts ins Leben für alle, einschließlich Schwangerschaft und Geburt, bis zur Förderung eines Alterns in Gesundheit und der Begünstigung altersgerechter Umfelder, wozu auch ein angemessen konzipierter Wandel des Mobilitätssystems gehört, der einen chancengleichen und erschwinglichen Zugang für alle gewährleistet.
- 3.5 Wir unterstreichen den Wert einer räumlichen und sozialen Infrastruktur, die allen Menschen bei ihren Beziehungen zu Städten oder städtischen Räumen zugutekommt. Dazu gehören Gesundheits-, Bildungs- und Sozialangebote sowie angemessener, bedarfsgerechter, sicherer und zugänglicher Wohnraum, der allen Menschen zur Verfügung steht.
- 3.6 Wir betonen die Notwendigkeit einer gesundheitsorientierten Stadtplanung – einer Stadtplanung, die der Gesundheit der Umwelt und des Menschen Rechnung trägt, insbesondere in Bezug auf zentrale urbane Herausforderungen wie Luft- und Wasserqualität und Abfallentsorgung. Dabei sollte aufgrund ihrer

gesundheitsfördernden Eigenschaften ein deutlicher Schwerpunkt auf Grünflächen wie Parks und gemeinschaftliche Gartenprojekte, auf Orte für Kinder und ihre Familien und auf wassernahe Flächen, etwa im Umfeld von Kanälen, Flüssen, Seen und Küsten, gelegt werden.

- 3.7 Wir bekräftigen, dass die Stadtplanung Zukunftssicherheit im Hinblick auf die Auswirkungen des Klimawandels und der Umweltzerstörung bieten sollte, etwa durch Vorsorge gegen ein erhöhtes Überschwemmungsrisiko, die Einrichtung geschützter Bereiche zur Abschwächung der Folgen extremer Hitze, eine angemessene Besiedlung durch Flora und Fauna und die Vermeidung einer Weiterentwicklung in Gebieten mit einem hohen Risiko von Naturkatastrophen.

Stärkere **Teilhabe** und Partnerschaften für Gesundheit und Wohlbefinden

4.0 Eine gesunde Stadt geht mit gutem Beispiel voran, indem sie es dem Einzelnen und der Gemeinschaft ermöglicht, sich an allen sie betreffenden Entscheidungen sowie an der Gestaltung der räumlichen Umfelder zu beteiligen, in denen sie leben, lernen, arbeiten, lieben und spielen.

- 4.1 Wir verpflichten uns, die Isolation einzelner Politikbereiche innerhalb unserer Städte zu überwinden, um die gemeinsame Politiksteuerung für Gesundheit und Wohlbefinden zu verbessern, auch indem wir verstärkt auf den Grundsatz „Gesundheit in allen Politikbereichen“ und die zwischenstädtische Gesundheitsdiplomatie setzen.
- 4.2 Wir heben die Bedeutung einer inklusiven Teilhabe auf allen Ebenen von Staat und Gesellschaft hervor. Dabei gilt es, den Menschen und die Gemeinschaft durch partizipatorische Politiksteuerung einzubinden und neue Partnerschaften zugunsten von mehr Gesundheit und Wohlbefinden aufzubauen.
- 4.3 Wir verpflichten uns, die Gesundheits-, Sozial- und Umweltkompetenz unserer Bevölkerung im gesamten Lebensverlauf als Mittel zur Förderung von Partizipation und selbstbestimmtem Handeln zu stärken. Die Fähigkeit zu selbstbestimmtem Handeln steigert die Selbstwirksamkeit und das Selbstwertgefühl, indem sie Eigenständigkeit und individuelle Kontrolle stärkt und die Eigenverantwortung in Bezug auf Gesundheit und Wohlbefinden erhöht.
- 4.4 Wir betonen die führende Rolle von Städten und Kommunen beim Aufbau von Partnerschaften mit unseren Gemeinschaften, der Zivilgesellschaft und anderen Akteuren mit dem Ziel, unseren Planeten zu schützen und zugleich zu mehr Chancengleichheit, Gesundheit und Wohlbefinden für alle beizutragen.
- 4.5 Wir sind uns dessen bewusst, dass in der gesamten Gesellschaft ein kultureller und normativer Wandel gefördert werden muss, der ein stärker selbstbestimmtes Handeln und eine chancengleiche und nachhaltige Entwicklung ermöglicht und den Schutz unseres Planeten, der biologischen Vielfalt und der Gesundheit und des Wohlbefindens des Menschen in den Vordergrund stellt.

Verbesserung des gemeinschaftlichen **Wohlstands** und des Zugangs zu gemeinsamen Gütern und Dienstleistungen

5.0 Eine gesunde Stadt geht mit gutem Beispiel voran, indem sie sich bemüht, den gemeinschaftlichen Wohlstand zu mehren und ihre Ressourcen durch eine wertorientierte Verwaltung gemeinsamer Güter und Dienstleistungen zu stärken.

- 5.1 Wir befürworten progressive Maßnahmen für den gesellschaftlichen Fortschritt, die über die traditionellen fiskalischen Maßnahmen für Wachstum und Entwicklung hinausgehen.
- 5.2 Wir verpflichten uns, Investitionen in gemeinschaftsorientierte transformative Wirtschaftsmodelle wie die Kreislaufwirtschaft, die Seniorenwirtschaft und die umweltverträgliche Wirtschaft im Einklang mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und der Neuen Urbanen Agenda zu fördern.
- 5.3 Wir sind uns der Rolle bewusst, die Städten und städtischen Räumen dabei zukommt, einen allgemeinen sozialen Basisschutz bereitzustellen, etwa in Form eines Grundeinkommens für alle Menschen, das für eine Existenzsicherung und ein Leben in Gesundheit ausreicht. Eine Politik der sozialen Sicherung sollte geschlechtersensibel gestaltet werden, da die Beteiligung an Erwerbstätigkeit und die Belastung durch Pflegetätigkeit zwischen Frauen und Männern ungleich verteilt sind, was Auswirkungen auf ihre Gesundheit und die ihrer Familienangehörigen sowie anderer Personen in ihrem Umkreis hat.
- 5.4 Wir plädieren dafür, dass alle städtischen und kommunalen Verwaltungen durch eine ethische Investitionspolitik gewährleisten, dass ihre Finanz- und Investitionsstrategien der Gesundheit und dem Wohlbefinden der Bürger, einschließlich der sozialen, kulturellen, kommerziellen und ökologischen Determinanten von Gesundheit, nicht schaden und mit Werten wie Gleichheit, Verzicht auf Ausbeutung und der Einhaltung der Menschenrechte vereinbar sind.
- 5.5 Wir betonen die Notwendigkeit eines kulturellen Wandels hin zu einer Gesellschaft, die Arbeitsplätze in den der Entwicklung des Human- und Sozialkapitals förderlichen Bereichen – Bildung, Gesundheit und Soziales, Tourismus und Kultur – würdigt, und erkennen an, dass dies nur durch nachhaltige Investitionen in diese Bereiche möglich ist, die gewährleisten, dass den für das Funktionieren unserer Gesellschaft so wichtigen Arbeitsplätzen in wirtschaftlicher, finanzieller, sozialer und kultureller Hinsicht Wert beigemessen wird und dass diese Organisationen zur Förderung des Wohlbefindens ihrer Mitarbeiter ermuntert werden.
- 5.6 Wir betonen die Notwendigkeit, durch Investitionen in das Dreifach-Helix-Modell die Partnerschaften zwischen Staat, Hochschulwesen und Privatwirtschaft zu stärken und durch gemeinsames Handeln die Wissensbasis zu verbessern und Innovationen sowie eine nachhaltige und chancengleiche wirtschaftliche Entwicklung zu fördern.
- 5.7 Wir betonen, dass es nun an der Zeit ist, in der Wirtschaft und in der gesamten Gesellschaft mit vereinten Kräften an den kommerziellen Determinanten von

Gesundheit anzusetzen. In dieser Hinsicht muss sichergestellt werden, dass bei einer Diskrepanz zwischen der öffentlichen Gesundheit und den kommerziellen Zielen eines Politikkonzepts der Erfolg an Gesundheit und Wohlbefinden gemessen wird und dass das Konzept auf die gleichzeitige Erzeugung positiver Nebeneffekte und Wahrnehmung sozialer Verantwortung ausgerichtet ist. Nur so kann die Gesellschaft sich entfalten und nachhaltig gedeihen.

- 5.8 Wir erkennen die wichtige Rolle der Stadt an, wenn es darum geht, in Technologien und technologische Lösungen als Bestandteil eines integrierten Gesundheitssystems in einer Stadt zu investieren, die gezielt auf die Verbesserung der öffentlichen Gesundheit hinarbeitet und zur Verwirklichung einer allgemeinen städtischen Gesundheitsversorgung beiträgt.

Förderung von **Frieden** und Sicherheit durch inklusive Gesellschaften

6.0 Eine gesunde Stadt geht mit gutem Beispiel voran, indem sie den Frieden durch inklusive Gesellschaften fördert, die auf öffentliche Räume, Teilhabe, Wohlstand und unseren Planeten ausgerichtet sind und zugleich den Menschen in den Mittelpunkt sämtlicher Konzepte und Maßnahmen stellen.

- 6.1 Wir betonen die wesentliche Rolle, die Städten und städtischen Räumen dabei zukommt, in unserer gesamten Region und auch in anderen Teilen der Welt friedliche Gesellschaften aufzubauen. Dabei gilt es, den Menschen, die Gemeinschaft, das selbstbestimmte Handeln und die Widerstandsfähigkeit in den Vordergrund zu stellen, um öffentliche Räume zu schaffen und zu erhalten, die einem dauerhaften Frieden zuträglich sind.
- 6.2 Wir bekräftigen die Bedeutung von Institutionen, Verwaltungssystemen und Strukturen, die der sozialen Gerechtigkeit und der inklusiven Teilhabe an der Gesellschaft Vorrang einräumen.
- 6.3 Wir betonen die Rolle von Städten und städtischen Räumen als Vermittler des Friedens bei Konflikten und nach ihrer Beilegung und als Bewahrer des Friedens in fragilen Regionen durch die Schaffung einer inklusiven Gesellschaft für alle Menschen unabhängig von ihrem rechtlichen Status, ihrer Religion, ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Rasse, ihres Geschlechts, ihrer Kultur, ihrer politischen Weltanschauung oder ihrer Staatsangehörigkeit.
- 6.4 Wir unterstreichen die Notwendigkeit, im Wege von Verwaltungsstrukturen und gesellschaftlichen Normen Korruption, Diskriminierung und alle Formen von Gewalt, sowohl körperlicher als auch psychischer Art, innerhalb der Gesellschaft zu bekämpfen. Dies schließt unter anderem auch Gewalt gegen Kinder, Gewalt durch Intimpartner, Hassreden, Mobbing, Ausgrenzung und Feindseligkeit gegenüber Migranten ein.
- 6.5 Wir betonen, wie wichtig es ist, sich bei der Förderung friedlicher Gesellschaften sowie zukunftsfähiger und von starkem Zusammenhalt geprägter Gemeinschaften nach einem Konflikt mit Fragen der Ernährungs- und Wassersicherheit auseinanderzusetzen.

- 6.6 Wir betonen die wichtige Rolle von Städten und Kommunen bei der Gesundheitssicherheit, der Notfallplanung und der Reaktion auf externe Schocks und natürliche oder von Menschen verursachte Katastrophen. Diese Rolle erstreckt sich auch auf die Bekämpfung und Eindämmung des Klimawandels und die Ernährungs- und Wassersicherheit sowie den Aufbau der Widerstandsfähigkeit des Einzelnen und der Gemeinschaft gegen Naturkatastrophen und Terrorakte.

Schutz unseres Planeten vor Zerstörung, auch durch nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster

7.0 Eine gesunde Stadt geht mit gutem Beispiel voran, indem sie gewährleistet, dass der Schutz unseres Planeten nach innen wie nach außen im Zentrum der gesamten städtischen Politik steht.

- 7.1 Wir verpflichten uns, gegen den Klimawandel vorzugehen: das Unvermeidbare zu beherrschen und dadurch das Unbeherrschbare zu vermeiden.
- 7.2 Wir erklären erneut, dass Gesundheit und Wohlbefinden des Menschen untrennbar mit der Gesundheit unseres Planeten verknüpft sind. Eine gesunde Stadt muss durch einen gesamtstädtischen Ansatz sicherstellen, dass die auf allen Entscheidungsebenen formulierten Konzepte und Maßnahmen allesamt so beschaffen sind, dass sie Verbesserungen in beiden Bereichen ermöglichen.
- 7.3 Wir verpflichten uns, unsere städtischen Räume so grundlegend umzugestalten, dass sie im Einklang mit unserem Planeten stehen, und den Verbrauch und die Ausbeutung des Bodens zu reduzieren und darauf hinzuwirken, dass städtische Brachflächen durch Wiederherstellungs- und Sanierungsmaßnahmen zu gesundheitsfördernden und inklusiven Räumen werden.
- 7.4 Wir unterstreichen die Bedeutung einer Abkehr von Investitionen in gesundheitsschädliche Bereiche und Organisationen als eines notwendigen Eckpfeilers jeder Wirtschafts- und Entwicklungsstrategie, da wir bei der Förderung nachhaltiger und ethisch vertretbarer Investitionen für unseren Planeten und unsere Menschen mit gutem Beispiel vorangehen müssen.
- 7.5 Wir unterstreichen die Rolle, die Städten und Kommunen dabei zukommt, durch Zusammenarbeit mit regionalen und nationalen Behörden sowie internationalen Organisationen für Kohärenz auf allen Entscheidungsebenen zu sorgen, die Agenda 2030 umzusetzen und einen ausgewogeneren, nachhaltigeren, gesünderen und glücklicheren Planeten für alle zu schaffen.
- 7.6 Wir verpflichten uns, auch weiterhin mit Städten in der Europäischen Region der WHO und darüber hinaus zusammenzuarbeiten, um unsere gemeinsame Vision zu verwirklichen und unsere gemeinsamen Herausforderungen anzugehen, und zwar im Rahmen unseres Engagements in dem Gesunde-Städte-Netzwerk, der Gesundheits- und Klimadiplomatie von Städten und anderen städtischen und urbanen Netzwerken mit gemeinsamen Zielen und Werten.

8.0 Wir verpflichten uns, im Verbund mit anderen Städten sowohl in der Europäischen Region der WHO als auch weltweit kollektive Maßnahmen zu ergreifen, die auf den Menschen sowie auf Teilhabe, Wohlstand, unseren Planeten, öffentliche Räume und Frieden ausgerichtet und der Gesundheit und dem Wohlbefinden aller zuträglich sind, um den dringenden Forderungen der Agenda 2030 nach grundlegenden Veränderungen nachzukommen.

Wir können es uns nicht erlauben zu scheitern.



Das WHO-Regionalbüro für Europa

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist eine 1948 gegründete Sonderorganisation der Vereinten Nationen, die sich in erster Linie mit internationalen Gesundheitsfragen und der öffentlichen Gesundheit befasst. Das WHO-Regionalbüro für Europa ist eines von sechs Regionalbüros, die überall in der Welt eigene, auf die Gesundheitsbedürfnisse ihrer Mitgliedsländer abgestimmte Programme durchführen.

Mitgliedstaaten

Albanien
Andorra
Armenien
Aserbaidschan
Belarus
Belgien
Bosnien und Herzegowina
Bulgarien
Dänemark
Deutschland
Ehemalige jugoslawische
Republik Mazedonien
Estland
Finnland
Frankreich
Georgien
Griechenland
Irland
Island
Israel
Italien
Kasachstan
Kirgisistan
Kroatien
Lettland
Litauen
Luxemburg
Malta
Monaco
Montenegro
Niederlande
Norwegen
Österreich
Polen
Portugal
Republik Moldau
Rumänien
Russische Föderation
San Marino
Schweden
Schweiz
Serbien
Slowakei
Slowenien
Spanien
Tadschikistan
Tschechien
Türkei
Turkmenistan
Ukraine
Ungarn
Usbekistan
Vereinigtes Königreich
Zypern

Weltgesundheitsorganisation Regionalbüro für Europa

UN City, Marmorvej 51, DK-2100 Kopenhagen Ø, Dänemark
Tel: +45 45 33 70 00 Fax: +45 45 33 70 01
E-Mail: eucontact@who.int
Website: www.euro.who.int